

25. JUNI 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/YK/118

Bonn, den 24. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Reparationschädengesetz blieb auf der Strecke ----- Motto: "Spar die Großen aus, damit die Kleinen nichts bekommen."	42
2	"Wissenschaftspolitik" der CDU/CSU ----- Vor der Wahl wird Wind gemacht	36
3 - 4	Forum der Weltöffentlichkeit ----- Zur Gründung der UEO vor 20 Jahren	70
5 - 6	Defferres Wagnis ----- Ein neuer Abschnitt der französischen Innenpolitik Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	96

* * *

Reparationschädengesetz blieb auf der Strecke

Kotze: "Spar die Großen aus, damit die Kleinen nichts bekommen."

sp - Die Fraktion der CDU/CSU hat entsprechend einem Vorschlag ihres Vorstandes beschlossen, das Reparationschädengesetz in dieser Legislaturperiode **n i o h t** mehr zu verabschieden, obwohl der federführende Lastenausgleichsausschuß das Gesetz bereits eingehend durchberaten hatte. Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Beschluß mit einem sehr fadenscheinigen Einwand begründet: Die mitbeteiligten Ausschüsse - Rechtsausschuß und Wirtschaftsausschuß - hätten keine Zeit mehr, das Gesetz zu beraten.

Jeder Kenner weiß, daß Dinge in der CDU-Fraktion aus ganz anderen Gründen so gelaufen sind: Die an einer **h o h e n** Entschädigung der **G r o ß** industriell interessierten Kreise dieser Fraktion haben es für richtig gehalten, einen Gesetzentwurf zu blockieren, der einer Zahl von mindestens Hunderttausend **K l e i n e r e n** und alten Geschädigten eine Entschädigung nach Lastenausgleichsgrundsätzen geben sollte, die Großgeschädigten allerdings nicht berücksichtigen konnte. Die Interessen dieser meist älteren Leute sind - das muß einmal eindeutig festgestellt werden - den Belangen der Großgeschädigten geopfert worden. Der Herr Bundeskanzler hat zwar einmal gesagt, er wolle sich mit seiner ganzen Person dafür einsetzen, daß eine Regelung nach den Grundsätzen des Lastenausgleichs erfolge, aber wieder einmal ist ein eklatanter Beweis dafür erbracht worden, was von solchen Erklärungen des Regierungschefs zu halten ist.

Die ganze Geschichte erhält eine pikante Note, wenn man weiß, was man sich in CDU-Kreisen darüber erzählt. Wie dort verlautet, soll sich der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, der Frankfurter Rechtsanwalt Dr. Wilhelmi, sehr aktiv an der Absetzung der möglichen Verabschiedung des Reparationschädengesetzes in dieser Legislaturperiode beteiligt haben. Rechtsanwalt Dr. Wilhelmi ist Sozius des Frankfurter Rechtsanwalts Dr. Wimmer, der in Fachkreisen den Beinamen "Liquidator der IG-Farbenindustrie" trägt. Die IG-Farbenindustrie gehört gekanntlich zu den Hauptverfern nach einer Entschädigungsregelung, durch die auch den Großen eine entsprechende Entschädigung zugewilligt werden soll. Wie bekannt, erwartet man bei der IG-Farben eine Entschädigungsregelung von mehreren 100 Millionen DM.

In den Wandelgängen des Bundestages ist es kein Geheimnis, daß die jetzt ablehnende Haltung der CDU-Fraktion, bestehende Entschädigungsregelungen zugunsten **K l e i n e r** Geschädigter zu erweitern und zu verbessern, vermutlich auf den Druck einer Minorität in den eigenen Reihen zurückzuführen ist, die hunderte von Millionen an die **G r o ß** geschädigten verteilen möchte.

"Wissenschaftspolitik" der CDU/CSU

Vor der Wahl wird Wind gemacht

P.R. - Als der Bundestag am 26. Februar dieses Jahres in 3. Lesung den Haushaltsgesetzentwurf für 1965 verabschiedete, hatte er gleichzeitig den Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, von einer 7-prozentigen Kürzung des Wissenschaftshaushaltes sowie einer 20-prozentigen Einsparung für wissenschaftliche Bauvorhaben abzusehen. Heute, vier Monate später, will die CDU plötzlich anerkannt haben, wie notwendig es für unsere Gesellschaft ist, den Anteil der Aufwendungen für Wissenschaftler und Forschung am Bruttosozialprodukt von 2 Prozent bis 1970 auf 3 Prozent zu steigern.

- * Diese CDU-Forderung nach mehr Geld für die Wissenschaft ist Augenwischerei. Sie selbst hätte es in der Hand gehabt, dieses "mehr"
- * an Geld bei der Haushaltsberatung zu bewilligen. Einem Beschluß des
- * Bundesvorstandes der CDU und des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU
- * zufolge sollen nunmehr klare Prioritäten herausgearbeitet werden.
- * Warum erst jetzt? Hier wird doch wohl verschämmt zugestanden, daß
- * es bisher an einer klaren Konzeption fehlte.

Welche Anstrengungen die Bundesrepublik in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung machen muß, wenn sie mit anderen Industriestaaten Schritt halten will, hat der "Bundesbericht Forschung I" schon im Januar 1965 deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Bundesregierung und mit ihr die Regierungsparteien handelten gegen ihre eigenen Einsichten, kürzten den Wissenschaftshaushalt und verpulverten die letzten Reste des Bundeshaushaltes für Wahlgeschenke. Wenn sie heute anders reden, so beweist das nur einmal mehr die Verantwortungslosigkeit ihrer bisherigen Politik. Bundesfinanzminister Dählgrün sieht bereits heute die Deckung des Bundeshaushaltes 1966 gefährdet, weil einem geschätzten Steuermehraufkommen von etwa 4 Milliarden DM bereits jetzt Mehrausgaben von über 8 Milliarden DM gegenüberstehen!

Wenn die Bundesregierung ihren Verpflichtungen bei der Mitfinanzierung allein der bestehenden Hochschulen im nächsten Jahr nachkommen wollte, müßte sie dafür 500 Millionen DM in den Bundeshaushalt einsetzen. Mehr als die unverbindlichen Phrasen der CDU/CSU-Führungsgremien vom 21. Juni 1965 würde es Wissenschaft und Öffentlichkeit interessieren, ob Bundesfinanzminister Dählgrün eine Möglichkeit sieht, wenigstens diesen Betrag ungekürzt in den nächsten Bundeshaushalt zu übernehmen.

Forum der Weltöffentlichkeit

Zur Gründung der UNO vor 20 Jahren

sp - Der 26. Juni 1945 ist ein denkwürdiger Abschnitt in der Geschichte internationaler Beziehungen. An diesem Tage unterzeichneten 51 Staaten die Charta der Vereinten Nationen. Bereits im August 1941 hatten Churchill und Roosevelt in der Atlantik-Charta durch die Bekanntgabe gewisser gemeinsamer "Grundsätze der nationalen Politik ihrer Länder, auf die sie ihre Hoffnung für eine bessere Zukunft der Welt gründen", den Anstoß zur Schaffung der späteren Weltorganisation gegeben. Wenige Monate später wurde von 26 Nationen unter Berufung auf die Atlantik-Charta der Zusammenschluß zu den Vereinten Nationen in einer gemeinsamen Erklärung grundsätzlich beschlossen.

Ebensowenig wie nach dem ersten Weltkrieg die furchtbaren Greuel und gewaltigen Opfer an Menschen und Gut die Ursache für den Aufbau des Völkerbundes waren, so hatte auch diesmal der Krieg das unbändige Verlangen hervorgerufen, in der Zukunft die Menschheit vor neuen Völkermorden zu verschonen. Zweck der Vereinten Nationen ist auch heute, "den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit zu erhalten (und) freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern herzustellen". Darüber hinaus soll die Organisation die Lösung internationaler wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Probleme fördern, die Achtung vor den Menschenrechten und den grundlegenden Freiheiten unterstützen" sowie das Zentrum sein, in dem die von den einzelnen Nationen zur Erreichung dieser Ziele unternommenen Handlungen aufeinander abgestimmt werden".

Wahrlich, ein großartiges Programm, dem man seine Zustimmung ohne Zaudern zu geben vermag. Zu großartig vielleicht, als daß es heute schon mit Leben erfüllt werden könnte. Seine Vision war zu kühn für das noch mit nationalstaatlichen Ressentiments aufgestaute Bewußtsein der Menschen. Auch beim zweiten Versuch, eine Weltorganisation aufzubauen, war man nicht bereit, nationalstaatliche Souveränität an übernationale Organe zu delegieren. Außerdem hat besonders die Sowjetunion durch ihr jahrelang geübtes "Njet" im Sicherheitsrat die Weiterentwicklung der UNO im Sinne ihrer Zielsetzung verhindert.

Und dennoch beging man einen Irrtum, wollte man den Vereinten Nationen fortgesetztes Versagen vorwerfen und ihre Existenzberechtigung bestreiten. Gewiß, sie vernechten die ihnen zugedachte Rolle als mäch-

tiger Motor der weltweiten Abrüstung bisher nicht erfolgreich zu spielen, und als "Weltpolizei" konnte sie nur bedingt in Erscheinung treten. Ihr Wert wird vielerorts gerade an diesen beiden Maßstäben gemessen und dabei vergessen, daß der scharfe und unüberbrückbare Gegensatz zwischen freiheitlichen und autoritären oder totalitären Staatsprinzipien ihrer Wirksamkeit auf diesem Gebiet enge Grenzen zieht. Der Ost-West-Konflikt wird in der Arena der Vereinten Nationen ebenso ausgetragen wie an vielen anderen Orten der Welt. Er bewirkt eine gewisse Parallelisierung der Kräfte, die bei einer wesentlichen Veränderung durch die UNO zugunsten einer Seite zur Spaltung führen würde. Dieser Tatsache ist sich Generalsekretär U Thant zweifellos bewußt. Das Mittel der Vereinten Nationen, um politisch wirksam zu werden, ist daher weniger die direkte militärische Aktion, sondern in erster Linie die politische Resolution. Als Forum zur Bildung und Beeinflussung von Weltmeinung und Weltöffentlichkeit hat die UNO eine nicht zu unterschätzende Bedeutung erlangt. Daß trotzdem von ihr Ordnungsaufgaben mit Hilfe bewaffneter Macht wahrgenommen wurden, beweist ihr Einschreiten im Suez-Konflikt 1956 sowie im Kongo. In diesem Zusammenhang muß selbstverständlich ihrer Beschlüsse zur Bekämpfung der Aggressoren im Korea-Krieg gedacht werden. In jenen kritischen Tagen des Juni 1950 hat die UNO Weltpolitik im Sinne ihrer Charta gemacht.

Nicht zu vergessen sind die Leistungen der UNO-Körperschaften und Sonderorganisationen, die sich um das Wohl der Menschheit verdient gemacht haben; beispielsweise der Wirtschafts- und Sozialrat, in dessen Auftrag richtungweisende Untersuchungen und Analysen erarbeitet wurden und der für das Kinder-Hilfswerk verantwortlich zeichnet, die Weltbank, die oft in der Weltpresse zitierte UNESCO, die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation und der Weltpostverein, um nur einige stellvertretend zu nennen.

An guten Ideen mangelt es der Menschheit nicht. Aber noch immer stehen ihrer Verwirklichung hohe Barrieren entgegen. Doch eines Tages werden nationalstaatliche Engherzigkeit und politischer Starrsinn von einer Welle aktiver Humanität hinweggeschwemmt. An dem Beitrag der Sozialdemokratie soll es nicht fehlen.

Defferres Wagnis

Ein neuer Abschnitt der französischen Innenpolitik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Defferres Projekt, Frankreichs demokratische Links- und Mittelparteien zu einer "Föderation" nach dem Muster der Labour Party zusammenzuschließen, ist vorläufig gescheitert. Noch ist das Wasser zwischen den Partnern "zu tief".

Wie konnte es überhaupt zu einem derartigen Plan kommen? Wie konnte Defferre es wagen, uralte Traditionen umzustürzen und völlig neue Wege zu gehen, deren Ziel hier mit einer frappanten Formel resümiert wird: "Horizont 1980"?

Kommunisten und Gaullisten ...

Es gibt in Frankreich kein Kräftegleichgewicht zwischen einer Konservativen und einer demokratischen Links-Partei, sondern zwei Erscheinungen, die man sonst nirgends findet:

1. eine ungewöhnlich starke Kommunistische Partei, die den größten Gewerkschaftsbund CGT beherrscht und in einer Reihe von Industriestädten, insbesondere in der "roten Pariser Banneile" die absolute Mehrheit hat und überdies - zum Unterschied von der KP Italiens - betont moskauhörig ist;
2. den Gaullismus, eine typisch französische Erscheinung, die man keineswegs mit der konservativen Parteien anderer westeuropäischer Länder gleichstellen kann.

... beherrschen Frankreichs Innenpolitik

Gaullisten und Kommunisten sind aufgrund ihrer stimmenmäßigen Stärke in der Lage, das innenpolitische Leben Frankreichs zu bestimmen. Leider ist dies keine bloß arithmetische Spekulation, denn die beiden Extreme haben sich seit den 40er Jahren tatsächlich mehr als einmal zu gemeinsamer Aktion verständigt: Zuerst in de Gaulles Koalitionsregierung unmittelbar vor und nach Ende des Zweiten Weltkrieges, dann in der Unterhölung der Vierten Republik und schließlich in der Begünstigung der gaullistischen Machtergreifung 1958. Heute erreicht die gaullistisch-kommunistische Zusammenarbeit im Zeichen der außenpolitischen französisch-sowjetischen Annäherung ihren Höhepunkt.

Der französische Gaullismus ist also keineswegs mit einer klassischen Rechtspartei gleichzustellen, die aus grundsätzlichen Erwägungen jede Zusammenarbeit mit den Kommunisten ablehnen würde. Im Gegenteil, de Gaulle hat aus außenpolitischen Gründen, aber auch aus praktischen innenpolitischen Erfahrungen, mehr Vertrauen zur KPF, als zu den demokratischen Mittelparteien, die immer wieder auf europäische Integration und atlantischen Kurs drängen.

Links- und Mittelparteien in Schmelztiegel

Die besondere innenpolitische Struktur Frankreichs, nämlich die besondere Stärke einerseits des Gaullismus und andererseits des Kommunismus und die damit verbundene relative Schwäche der in anderen westeuropäischen Länder dominierenden Sozialdemokraten, der Christdemokraten und der Liberalen, erklärt die außergewöhnlichen und widersprüchlichen Vorgänge der letzten zwanzig Jahre: Die häufigen und fast lächerlichen Regierungswechsel in der Vierten Republik, die faschistische Putschgefahr und

schließlich die Machtergreifung General de Gaulles, den schrittweisen Abbau der parlamentarischen Demokratie und die Errichtung eines autoritären Regimes.

Die gleichen außergewöhnlichen Umstände waren auch der Grund und Hintergrund für das außergewöhnliche Projekt Gaston Defferres, in Frankreich Sozialdemokraten, Radikalsozialisten (Linksliberale), Widerstandsdemokraten und Volksrepublikaner (Christdemokraten) zu einer einzigen und neuen Partei zu vereinen, zunächst in Form einer losen Föderation, aber mit dem Endziel der völligen Verschmelzung.

In keinem anderen westeuropäischen Land könnte eine derartige Idee entstehen, obgleich seit dem Zweiten Weltkrieg die Differenzen zwischen Konservativen und Sozialdemokraten in einer Reihe von Ländern an Schärfe verloren haben. Die französischen Vorgänge sind also auf keinen Fall ein Beispiel für andere westeuropäische Länder.

In Frankreich sind Sozialdemokraten, Radikalsozialisten und Volksrepublikaner einander seit einiger Zeit besonders nahe gekommen, schon aufgrund der von Gaullisten und Kommunisten ausgeübten Bedrängnis. So fand man sich in Koalitionsregierungen in der Vierten Republik und in gemeinsamer Opposition gegen das gaullistische Regime immer wieder zusammen.

Hinzu kommt, daß die französischen Mittelparteien in den letzten Jahren nach links gedrückt sind und den Sozialisten (SFIO) schon längst sehr nahe stehen. In anderen westeuropäischen Ländern befinden sich Leute wie die französischen Radikalen und die Volksrepublikaner normalerweise in den Reihen der Sozialdemokratie.

Die "Radikalsozialisten" waren in der Dritten Republik das Rückgrat des demokratischen Staates. In der Vierten Republik wurden sie zu einer Splitterpartei. Ihr geistiger Kopf Pierre Mendès-France, steht seit Jahren den Unabhängigen Sozialisten (USU) sehr nahe, während die Parteiführung ebenso wie die UDSR (Widerstandsdemokraten) mit François Mitterrand in den wichtigsten Fragen der ganzen letzten Jahre auf sozialdemokratischer Plattform standen, zuweilen sogar links von der SFIO-Führung.

Auch die MRF hat sich nach links entwickelt. Sie kann mit den konservativen christlich-demokratischen Parteien Deutschlands, Italiens und Österreichs nicht verglichen werden, zum Teil eher mit den linkskatholischen Gruppen dieser Parteien. Das Sozial- und Wirtschaftsprogramm der MRF erklärt sich für Verstaatlichungen und Planwirtschaft. Die Volksrepublikaner stehen außerdem unter dem Druck der Christlichen Gewerkschaften, die in sozialen Auseinandersetzungen häufig radikaler sind, als die anderen Gewerkschaftsbünde.

Alternative

Die faktischen Differenzen zwischen allen diesen Parteien und Gruppen sind also minimal, die eigentlichen Meinungsverschiedenheiten gehen quer durch die genannten Parteien. Nur so konnte Defferres Projekt überhaupt entstehen und Widerhall finden. Wenn es nun dennoch gescheitert ist, wie schon vorher ähnliche Pläne von Mendès France, so eben infolge der Kraft jahrelang aufgebauter Apparate und Traditionen, die sich nicht über Nacht überwinden lassen.

Trotzdem - mit Verschärfung des autoritären Regimes und mit der ersten Gefahr, de Gaulles Nachfolger könnten nach einem Verschwinden des Generals mit Gewalt versuchen, letzte demokratische Spielregeln zu beseitigen, bleibt ein Zusammenschluß der Linken und Mitte in dieser oder jener Form weiterhin aktuell. Es gibt in Frankreich keine andere Gewähr gegen neue autoritäre Experimente und Abenteuer, keinen anderen Weg zur Erneuerung einer stabilen parlamentarischen Demokratie.